

Zeitschrift für angewandte Chemie

Bd. II, S. 145—152 | Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten

18. März 1919

Erklärung.

Infolge des Generalstreiks in Leipzig erscheint dieses Heft mit seinem teilweise leider etwas veralteten Inhalt verspätet.

Um einen Ausgleich für die ausgefallenen Hefte zu bekommen, lassen wir die Hefte Nummer 19 bis einschl. 26 als Doppelhefte erscheinen.

Die Schriftleitung.

Wochenschau.

21./2. 1919. Die Miniarbeit einer verschwindend kleinen Gruppe politischer Quertreiber im rheinisch-westfälischen Industriebezirk muß uns um den letzten Rest unseres Ansehens im Auslande bringen. Seit Montag, dem 17./2., ist den Arbeitern der Kohlen- und Eisenwerke der Generalstreik aufgezwungen worden, dessen Dauer im Augenblick noch nicht abzusehen ist. Wer die ruhige Art der eingewachsenen Ruhrbergleute kennt, weiß, daß Streiks zu politischen Zwecken ihnen zuwider sind. Ausländische Elemente haben die Führung. Ein kleines Häuflein, bewaffnet mit Karabinern, Maschinengewehren und anderem Kriegszeug, hält die Arbeitswilligen von der Arbeit zurück, so daß der Regierung keine andere Wahl blieb, als Truppen ins Ruhrkohlenrevier zu entsenden, ohne welche die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse unmöglich ist. Unseres vornehmsten Tauschobjektes im Verkehr mit dem Auslande werden wir durch diesen frivolen Streik beraubt, und die Möglichkeit der Beschaffung von Lebensmitteln liegt daher zunächst noch weit. Der Absicht der kommunistischen Führer, den Streik auch auf andere Gebiete Deutschlands zu übertragen, muß durch Aufklärung der Arbeiterschaft rechtzeitig begegnet werden. Die Gewerkschaften haben sich gegen den Streik erklärt. Gelegenheit zur Arbeit ist vorhanden, da unsere Industrie ansehnliche Aufträge für Rechnung des In- und Auslandes vorliegen hat, der Arbeitslosigkeit kann obendrein wesentlich gesteuert werden. Teils ist aber auch der Wille zur Arbeit noch recht schwach. Der „Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation“ suchte vor wenigen Tagen 500 Fach- und Platzarbeiter. Es meldete sich niemand. Kurz sei auch der Werkleiter und Beamten gedacht. In welcher Gefahr schweben sie täglich! Die Vorgänge im Ruhrrevier lassen die Verhandlungen in Weimar, Trier und Spaa zunächst in den Hintergrund treten. So ernst sind sie! Der Stahlwerksverband hat in der Sitzung vom 13./2. erhebliche Preiserhöhungen beschlossen, um für die unsinnigen Lohnforderungen einen gewissen Ausgleich zu schaffen. Die Werke wollen und müssen verdienen, um steuerkräftig zu bleiben und zur Verminderung unserer Kriegsschulden beizutragen. Ebenso wird sich das Kohlen Syndikat in diesen Tagen mit der Festsetzung der Richtpreise befassen. (Ist inzwischen geschehen, siehe S. 149. — D. Schriftl.)

Die Kalifrage bereitet uns im Augenblick große Sorgen, da es den Werken an Kohlen, außerdem aber auch an Transportgelegenheit fehlt, um die Landwirtschaft ausreichend mit diesem Düngemittel zu versehen. Die Werke sträuben sich gegen weitere Erhöhung der Kohlenpreise. Werden die Kalipreise erhöht, so ist dies wiederum ein Grund zur Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, eine solche aber ein Hinderungsgrund für den Abbau der allgemein hohen Löhne. Diesem Kreislauf der Erhöhung der Lebensmittelpreise und Arbeitslöhne muß endlich Einhalt getan werden. Die durchschnittliche Leistungsfähigkeit der Arbeiter in der Kaliindustrie ist wie in allen anderen Industriezweigen ganz bedeutend zurückgegangen, was die Zukunft dieser für unseren Innen- und Außenhandel besonders wichtigen Industrie besonders gefährdet. Der früheren Leistung von etwa 30 dz in der Schicht steht jetzt eine solche von höchstens 20 dz gegenüber. Erfreulich, sehr erfreulich ist, daß eine nach Spaa entsandte Kommission des Kalisyndikats mit Vertretern Amerikas wegen des Wiederbeginns der Ausfuhr nach dort verhandelt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei der Bedeutung des Kalidüngers für den Weltmarkt das Ergebnis dieser Verhandlungen als Ausgangspunkt zur Wiederanknüpfung unserer Beziehungen mit den Gegenmächten und zur Völkerversöhnung dienen wird.

Es ist keineswegs Zufall, daß gleichzeitig mit der Entsendung dieser Kommission der deutschen Waffenstillstandskommission Brater der Hochfinanz beigegeben worden sind, um die Valutafrage mit dem Verbands zu regeln. Es handelt sich hierbei in

erster Linie um Finanzierung unserer Versorgung mit Lebensmitteln, wofür andererseits auch die Enteignung der in unserem Besitz befindlichen ausländischen Wertpapiere in Erwägung gezogen wird.

Neben den trüben Vorgängen im Ruhrkohlenrevier fehlt es aber auch gewiß nicht an Lichtblicken, wozu die mittelbaren Bemühungen Japans gehören, von uns wieder Chemikalien zu erhalten.

Nach den Vorgängen der Berichtswache im Ruhrrevier und der Ankündigung der endgültigen und natürlich verschärften Waffenstillstandsbedingungen war die Stimmung an den deutschen Börsen sehr ruhig. Es ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen für unser gesamtes wirtschaftliches Leben jedenfalls besser, wenn die Börse Zurückhaltung bewahrt. Chemische Werte erfuhren vielfach mehrprozentigen Rückgang, und zwar Badische Anilin von 297 $\frac{1}{4}$ auf 288 $\frac{1}{2}$, Griesheim von 201 auf 197, Elberfelder Farbenfabriken von 279 $\frac{3}{4}$ auf 275, Höchst Farbwerke von 260 $\frac{1}{4}$ auf 256 $\frac{1}{2}$, und Staßfurter Chemische Fabriken von 151 auf 148 $\frac{1}{2}$. k.

Gesetzgebung.

(Zölle, Steuern, Frachten, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Sprengstoffen, Giften usw.; gewerblicher Rechtsschutz.)

Deutschland. Ausfuhr nach Dänemark. Nachstehende Waren sind zur Beförderung mit der Fähre Warnemünde—Gjedser nach Dänemark zugelassen: Kohlen, Koks, Salz, Kieselgur, Schilf (zum Dachdecken), Steine, Gips, Tonerde (nicht Porzellanerde), Roheisen, Glaubersalz, Faßreifen aus Holz, Würstdärme, lebende Pflanzen, Flußspat, leere Milchbehälter, leere Fischkästen. — Da nach den der dänischen Regierung letzthin von den Ententemächten gemachten Mitteilungen außer den oben erwähnten Waren noch Hopfen, Lab, Chlorkalk, Briketts, Ruß, Rohzink aus Deutschland auf neutralem Schiff nach Dänemark befördert werden dürfen und der Fahrverbindung Warnemünde—Gjedser dieselben Beförderungsmöglichkeiten zustehen wie anderen neutralen Schiffen, können auch die zuletzt genannten Waren über Warnemünde—Gjedser nach Dänemark ausgeführt werden. dn.

Laut Bekanntmachung des Reichseisenbahnamtes vom 13./2. 1919 ist die Anlage C zur Eisenbahnverkehrsordnung folgendermaßen geändert worden: Unter Nr. Ia „Sprengstoffe. Eingangsbestimmungen. A. Sprengmittel. 1. Gruppe a)“ wird nachgetragen: Hinter dem mit „Astralit IV“ beginnenden Absatz: Astralit V, Donarit V, Sonarit P, Ammon-Fördit P, Rhenanit V, Gesteins-Tremolit V, Dominat 18, Ammon-Halalit A, Romperit G, auch mit angehängten Buchstaben oder Zahlen (Gemenge von Ammoniakalpeter, Pflanzenmehlen, höchstens 15 v. H. Nitroverbindungen der aromatischen Reihe, nicht gefährlicher als Trinitrotoluol, auch mit höchstens 10 v. H. Kaliumperchlorat, und mit höchstens 4 v. H. Nitroglycerin). — Hinter dem mit „Donarit“ beginnenden Absatz: Donarit A (Gemenge von Ammoniakalpeter, höchstens 30 v. H. Trinitrotoluol oder anderen organischen Nitrokörpern, die nicht gefährlicher sind als Trinitrotoluol, und höchstens 16 v. H. Aluminium). — Hinter dem mit „Donarit I“ beginnenden Absatz: Donarit IK (Gemenge von Ammoniakalpeter, Pflanzenmehl, Kohlenstaub, Mononitronaphthalin, Binitrotoluol und höchstens 4 v. H. mit Kollodiumwolle gelatiniertem Nitroglycerin oder Nitroglykol). — Hinter dem mit „Westfalit A“ beginnenden Absatz: Westfalit I und II, auch Perwestfalit I und II, auch mit angehängten Buchstaben A, B, C usw. (Gemenge von Ammoniakalpeter, höchstens 10 v. H. Kaliumperchlorat, höchstens 15 v. H. aromatischen Nitrokohlenwasserstoffen, nicht gefährlicher als Trinitrotoluol, höchstens 4 v. H. Nitroglycerin, das ebenso wie die aromatischen Nitrokohlenwasserstoffe durch Kollodiumwolle gelatiniert sein kann, auch mit Natron- oder Barytsalpeter, auch mit Pflanzenmehlen oder anderen Kohlen-

stoffträgern, auch mit neutralen, beständigen, die Gefahr nicht erhöhenden Salzen). Die Änderungen treten sofort in Kraft. (Reichsgesetzblatt 1919, Nr. 39.)

Auf Grund des § 2 der Verordnung über Kalkstickstoff vom 24./10. 1917 (Angew. Chem. 31, III, 402 [1918]) wird bestimmt: Die im § 1 der Ausführungsbestimmungen festgesetzte Umlage wird bis auf weiteres mit Wirkung vom 18./2. 1919 an auf 1 M für 1 kg Stickstoff im Kalkstickstoff erhöht.

Die „Neue Badische Landeszeitung“ schreibt, daß die pfälzische Regierung im Einvernehmen mit den französischen Behörden Bestimmungen über Beschlagnahme der Weine und Festsetzung von Höchstpreisen erlassen hat. Danach dürfen die Weißweine 1918er Ernte nicht mehr aus der Pfalz ausgeführt werden. Alle 1918er Weißweine der Weinbauern und Großwinzer (Winzervereine und Winzergenossenschaften), die am 7./2. noch nicht verkauft waren, sind zugunsten der Konsumverbände beschlagnahmt.

Wirtschaftsstatistik.

Die Blei- und Zinkgewinnung der Vereinigten Staaten im Jahre 1918 ist, wie „Chemical Trade Journal“ vom 1./2. 1919 schreibt, bedeutend zurückgegangen, denn sie betrug annähernd nur 563 000 t und 627 000 t gegenüber 651 156 t und 711 192 t im Jahre 1917. An raffiniertem Blei wurden in Schmelzereien und Raffinerien 645 000 t gewonnen im Vergleich mit 612 214 t im Vorjahr; die Ausbeute an Antimonblei betrug 22 000 t gegenüber 18 647 t im Jahre 1917. Die zur Zeit in den Vereinigten Staaten vorhandene Menge Blei beläuft sich auf 540 000 t, verglichen mit 512 268 t im vorhergehenden Jahre. Die Gewinnung von Spelter sowohl aus einheimischen als auch ausländischen Erzen betrug 525 000 t, verglichen mit 669 573 t im Jahre 1917. Die aus ausländischen Erzen gewonnene Menge Spelter ging von 84 976 t im Jahre 1917 auf 23 300 t zurück. Der einheimische Verbrauch von Spelter belief sich anscheinend auf 440 000 t gegenüber 413 984 t im Jahre 1917. In den Verbrauchszahlen von Blei und Zink ist die Menge mit inbegriffen, die zum Gebrauch der amerikanischen Streitkräfte ins Ausland verschifft wurde.

Die Zuckergewinnung Frankreichs während des Krieges. Unter den durch den Krieg verursachten Einschränkungen war die Verminderung des Zuckerverbrauchs wohl die fühlbarste. Vor dem Kriege zählte Frankreich zu den bedeutendsten Zuckererzeugern. Durch die deutsche Besetzung aber sind die französischen Raffinerien, die sich größtenteils in den Departements des Nordens, des Pas de Calais, der Ardennen und der Aisne befinden, für die französische Erzeugung ausgeschaltet worden. Im Jahre 1912/13 gab es in Frankreich, wie Max Dutray im „Journal“ mitteilt, 213 Zucker Raffinerien. Im Verlauf des Krieges sank deren Zahl im Jahre 1914/15 auf 69, im Jahre 1915/16 auf 64, im Jahre 1917/18 auf 61. Andererseits wurde auch die Anbaufläche für Zuckerrüben stark in Mitleidenschaft gezogen, die sich im Vergleich zur Friedenszeit um 162 970 ha vermindert hat (vgl. Angew. Chem. 31, III, 449 [1918]). Die Verminderung der Raffinerien und der Anbauflächen haben natürlich auf die Erzeugung des einheimischen Zuckers erheblich eingewirkt. Im Jahre 1912/13 betrug die Zuckermenge, die durch Raffinade gewonnen worden war, einschließlich Kandiszucker 878 Mill. kg, 1914/15 dagegen nur noch 303, 1915/16 136, 1916/17 185 und 1917/18 200 Mill. kg. Hieraus geht hervor, daß während des letzten Kriegesjahres eine kleine Besserung eingetreten ist. Die Menge Zucker, die in den vier Jahren der deutschen Besetzung der Norddepartements dem französischen und dem neutralen Verbrauch entzogen worden ist, wird auf 466 Mill. kg geschätzt. (Basl. Nachr. vom 6./2. 1919.)

Herstellung und Verbrauch alkoholischer Getränke in Ägypten. Kognak wird aus eingeführten Weinen hergestellt. Vor dem Kriege kamen diese Weine hauptsächlich aus der Türkei, jetzt kommen sie aus Cypern und Spanien. Die ausgeführte Menge ist von 12 398 kg im Werte von 407 ägypt. Pfd. im Jahre 1914 auf 30 300 kg im Werte von 1744 Pfd. im Jahre 1917 gestiegen; die Kognakindustrie ist schon viele Jahre alt, hat aber in letzter Zeit bedeutend an Umfang gewonnen. Whisky ist kürzlich auch in Ägypten hergestellt worden, das dazu erforderliche Malz wurde in den Branntweinbrennereien gewonnen. Rum wird ebenfalls, entweder aus Melasse oder direkt aus Zuckerrohr, gemacht. Auch Wacholder ist kürzlich in geringen Mengen gewonnen worden. Der Wert von Kognak, Whisky und anderen trinkbaren nach Ägypten eingeführten Spirituosen hat sich seit 1914 verdoppelt — die Gesamteinfuhr hatte im Jahre 1917 einen Wert von 261 558 ägypt. Pfd. Gewöhnliche Spirituosen werden in großem Maßstab aus Zuckerrohrrückständen gewonnen. Diese Art der Herstellung unterliegt weder einer Steuer noch einer Überwachung durch die Regierung. Der ganze Handel liegt praktisch in den Händen einer einzigen Person. Nach einem Übereinkommen mit der Regierung hat der Destillateur kürzlich den Teil der Erzeugung, der im Kleinhandel für häusliche Zwecke verkauft wird, denaturiert. Das geschieht hauptsächlich, um die Verdünnung des

Spiritus durch die Kleinhändler zu verhindern. Im Jahre 1916/17 wurden 8,5 Mill. kg gewöhnlicher Spirituosen hergestellt und ein erheblicher Teil davon für die Ausfuhr raffiniert. Auch Bier wird in Ägypten in beträchtlichen Mengen hergestellt. Es handelt sich um ein untergäriges leichtes Bier nach Pilsener Art. Das im Jahre 1914 in Ägypten eingeführte Bier hatte einen Wert von 67 709 ägypt. Pfd.; im Jahre 1916 stieg der Einfuhrwert auf 481 610 ägypt. Pfd., sank aber im Jahre 1917 wieder auf 119 572 ägypt. Pfd. Vor dem Kriege wurden beträchtliche Mengen leichten Bieres aus Österreich und Deutschland eingeführt. (Board of Trade Journal vom 16./1. on.)

Außenhandel des Sudans im Jahre 1918. Wie „Egyptian Gazette“ vom 8./1. 1919 berichtet, belief sich der Gesamtwert der Einfuhr vom 1./1. bis zum 30./11. 1918 auf 3 774 562 Pfd. Sterl. (ägypt.) und der Gesamtwert der Ausfuhr auf 3 702 186 Pfd. Die entsprechenden Zahlen für das Jahr 1917 waren 2 695 029 Pfd. und 3 189 069 Pfd. Mithin ist für das Jahr 1918 ein Zuwachs von 1 079 533 Pfd. für die Einfuhr und von 513 117 Pfd. für die Ausfuhr zu verzeichnen. Einschließlich der Wiederausfuhr, die sich auf 212 308 Pfd. belief, hatte der Außenhandel des Sudans in den ersten 11 Monaten des Jahres 1918 einen Gesamtwert von 7 689 056 Pfd. In folgenden Zahlen wird der Wert der Hauptein- und ausfuhrartikel in den Jahren 1918 (1917) dargestellt (vom 1./1. bis 30./11. 1918, in Pfd. Sterl.): Einfuhr: Zucker (raffiniert) 566 382 (374 109); Kaffee 39 043 (40 055); Tee 139 038 (68 222); Kohnen 329 905 (230 787); Baumwollwaren 1 079 295 (674 843); Säcke 151 878 (99 989). — Ausfuhr: Unverarbeitete Felle 165 074 (94 479); Unverarbeitete Häute 31 810 (81 087); Durra 582 324 (631 559); Getrocknete Bohnen 118 676 (16 082); Sesam 154 194 (190 661); Gummi 630 388 (727 988); Entkörnte Baumwolle 279 654 (564 303). Falls die Zahlen für Dezember denselben Durchschnittswert haben wie die vorhergehenden 11 Monate, so dürfte der Außenhandel des Sudans im Jahre 1918 einen Gesamtwert von fast 8 1/2 Mill. Pfd. Sterl. erreichen. (Nachrichten 1919.)

Der britische Handel in Neuseeland hat wie in den anderen britischen Kolonien schwere Einbußen erlitten, von denen er sich kaum bald erholen wird. So ging allein in 1917 gegen 1916 die Einfuhr von britischem Eisen und Stahl von 12 314 auf 3684 t zurück. Ebenso fiel die Einfuhr von Metallfabrikaten einschl. Maschinen seit 1914 von 1,93 auf 0,79 Mill. Pfd. Sterl. oder von 75,6% auf fast 48%, während die der Vereinigten Staaten sich im gleichen Zeitraum von 0,38 auf 0,57 Mill. Pfd. Sterl. oder von 14,9% auf über 34% erhöhte. In vielen Eisenwaren ist Neuseeland fast ganz von Vorräten entblößt und mußte daher den dringenden Bedarf aus den Vereinigten Staaten beziehen, aber auch die Zufuhren von dort sind in letzter Zeit sehr knapp geworden. Dabei haben sich die amerikanischen Wellbleche und Weißbleche als qualitativ mangelhaft erwiesen, so daß diese Artikel nach dem Kriege keine große Zukunft in Neuseeland haben. In 1917 übertraf zum erstenmal die Einfuhr von amerikanischen Maschinen diejenige aus England, und auf diesem Gebiete werden es die britischen Fabrikanten am schwersten haben, das verlorene Absatzgebiet wieder zu erobern.

Schwedens Außenhandel im Jahre 1918 (1917) wird durch folgende Zahlen (in t) gekennzeichnet. A. Einfuhr: Baumwolle 7055 (6842); Hanf 654 (1893); Jute — (—); Flachs 2272 (3911); Wolle 2278 (1354); Ungegerbte Häute 2857 (1009); Kautschuk 507 (479); Brennöl 19 629 (37 353); Schmieröl 11 598 (6893); Olein 6 (485); Oleomargarine — (—); Paraffin 1311 (728); Pflanzliche Öle 589 (4222); Pflanzenfett 228 (381); Teerfarben 420 (856); Zinkfarben 673 (4461); Ölkuchen 6423 (32 713); Zement 5809 (5221); Chilisalpeter 6763 (17 178); Phosphor 51 (24); Ätzkali und -natron 806 (1438); Kiesabbrände 25 510 (61 187); Kochsalz (1000 hl) 1115 (1208); Koks 524 (523); Kohlebriketts 304 (300); Natriumsulfat 36 733 (46 297); Rohphosphat 36 707 (1753); Soda 2414 (3828); Staßfurter Kalisalz 105 408 (41 743); Steinkohle 1976 (1500); Schwefel — (16 191); Schwefelkies 109 (102); Thomasphosphat — (4); Träger- und Winkelnisen usw. 30 881 (20 872); Blech, unverzinkt 16 412 (15 949); Blech, verzinkt 217 (170); Kaltgewalztes oder kaltgezogenes Eisen 217 (575); Roheisen 16 782 (42 841); Blei 1001 (11 710); Kupfer 4031 (3714); Zinn 387 (308); Zink 874 (7075); Bodenplatten, Schwellen usw. 1997 (528). B. Ausfuhr: Holzspäne 353 (1456); mechanische Masse, naß 163 224 (113 581); mechanische Masse, trocken 77 266 (64 175); Sulfitzellstoff, gebleicht 16 150 (13 184); desgl., ungebleicht, naß 35 166 (35 083); desgl., ungebleicht, trocken 361 284 (337 477); Sulfatzellstoff, gebleicht 3609 (3163); desgl., ungebleicht, naß 764 (20); desgl., ungebleicht, trocken 56 842 (126 107); Pappe 20 448 (19 175); Zeitungspapier 42 724 (58 362); anderes Papier 86 093 (100 955); Zement 6236 (4651); Calcium- und Bariumcarbid 4052 (12 930); Kalium- und Natriumchlorat 648 (1131); Kalkstickstoff 385 (2915); Eisenerz 4485 (5613).

Norwegens Ausfuhr von Holz, Zellstoff und Holzmasse. Auf Grund amtlicher Angaben ist die Ausfuhr von Nutzholz in den ersten 10 Monaten des Jahres 1918 von 827 000 cbm auf 604 000 cbm im gleichen Zeitraum des Jahres 1917 zurückgegangen. Gehobenes Holz ist von 250 000 auf 171 000 cbm gesunken, geschnittenes Holz von 307 000 auf 221 000 cbm und rundes Holz von 155 000 auf 97 000 cbm. Der Rückgang wird hauptsächlich dem Mangel an

Schiffsraum zugeschrieben. Die Preise für Nutzholz fielen Anfang des Jahres, stiegen jedoch Juni/Juli wieder und haben jetzt ungefähr denselben Standpunkt erreicht wie Ende des Jahres 1917. In den Monaten Januar bis Oktober 1918 wurden 136 782 t trockener Zellstoff und 151 t nasser Zellstoff ausgeführt. Die entsprechenden Zahlen für das Jahr 1917 waren 116 643 und 2719 t. Die Nachfrage nach Zellstoff war sehr groß, aber auch hier machte sich der Mangel an Frachtraum fühlbar. Die Holzmasseausfuhr betrug in den ersten 10 Monaten des Jahres 1918 34 493 t trockene Holzmasse (12311 t i. V.), 216 324 t nasse Holzmasse (215 787 t i. V.). Die Holzmasseerzeugung war stark begrenzt, u. a. infolge der Einfuhrschwierigkeiten in den westeuropäischen Ländern. ar.

Übersichtsberichte.

Die Torfgewinnung in den verschiedenen Ländern hat in ausgedehntem Maße als Ersatz für die mangelnde Kohle zugenommen. Österreich hat bei seiner Kohlenarmut der Torfgewinnung besondere Aufmerksamkeit geschenkt. In Salzburg werden die mit einem Kapital von 1 Mill. Kr. neugegründeten Salzburgerischen Torfwerke G. m. b. H. die Ausbeutung der dortigen Torfe und die Verarbeitung der Nebenerzeugnisse betreiben. Ungarns Torfmoore wurden an 2000 Stellen untersucht. Unterschieden werden: 1. Minderwertige Torfe mit 44–53% Kohlenstoff, 0,08–0,3% Schwefel, 1,5–6% Asche und einem Heizwert von 1100–3000 Calorien. 2. Mittelwertige Torfe mit 53–57% Kohlenstoff, 0,3–1% Schwefel, 6–28% Asche und 3000–4200 Calorien. 3. Hochwertige Torfe mit 57–66% Kohlenstoff, 1–2,6% Schwefel, 28–69% Asche und 4200–4800 Calorien. — Die Schweiz hofft durch Entwicklung ihrer Torfindustrie 18% ihres Jahresbedarfs an Heizmaterial zu decken. Die im April 1917 gegründete schweizerische Torfgewerkschaft hat 1918 vom Bundesrat ein verzinsliches Darlehen von 5 Mill. Fr. bewilligt erhalten. Zunächst sollen 24 größere Lager abgebaut werden. — Schweden hat als Ersatzmittel für englische Kohlen auf seine gewaltigen Holz- und Torfvorräte zurückgegriffen. 1915 betrug die Torfgewinnung 90 000 t, 1916 120 000 t; als Zukunftsziel werden 400 000 t Jahresförderung aufgestellt, was im Heizwert nahezu 180 000 t Stückkohle entsprechen würde (s. a. Angew. Chem. 31, III, 263 [1918]). — Dänemark hat die Zahl der maschinellen Anlagen von 57 im Jahre 1916 auf 162 und die Erzeugung von 22 000 t auf 56 000 t (oder 168 000 cbm) luftgetrockneten Maschinentorf gesteigert. Bei dem Durchschnittspreis von 18 Kr. für 1 cbm ergibt die maschinelle Erzeugung eine Ausbeute von 3 Mill. Kr. Versuche mit Torf als Feuerungsmaterial für Lokomotiven sollen bei Anwendung verschiedener Feuerungsmischungen ein günstiges Ergebnis gehabt haben. — England selbst verfügt nicht über große Torfmengen, wohl aber Irland (vgl. Angew. Chem. 31, III, 299 [1918]), dessen Torfverbrauch auf mindestens 5½ Mill. t geschätzt wird. Trotz der gewaltigen Ausdehnung der Torflager ist aber bisher ihre Erforschung und Ausbeutung sehr rückständig geblieben. — Über die Torfgewinnung Italiens und der Vereinigten Staaten vgl. Angew. Chem. 31, III, 370, 384, 417 [1918]. ar.

Höchst bemerkenswert ist es, daß im Zusammenhang mit der Entwicklung der amerikanischen Farbenindustrie von der Gründung der American Manufacturer Corporation gesprochen wird, die eine neue Organisation geschaffen hat, die „offene Preisgesellschaft“, die für uns in Deutschland eine völlige Neuheit darstellt. Diese offene Preisgesellschaft hat die Aufgabe, in täglichen Berichten die Industrie über Preisänderungen und sonstige Vorkommnisse zu unterrichten, die für sie von Interesse sind. Ein Abkommen über Verkaufspreise konnte nicht geschlossen werden, weil das gegen die Antitrustgesetze verstoßen würde. Aber es sind durch diese täglichen Veröffentlichungen die Mittel gegeben, daß jeder Fabrikant ohne Namensnennung die Preise seiner Konkurrenz erfahren und seine Notierungen diesen Verkaufspreisen anpassen kann. Dadurch soll nicht nur ein unrentabler Wettbewerb im Inlandsgeschäfte, sondern auch ein unnötiger Wettbewerb in der Ausfuhr verhindert werden. Oder man will ungesunde Unterbietungen ausschalten und große Preisabweichungen hintanhalten. Wie das alles in der Praxis gemacht werden soll, steht dahin. Es ist einleuchtend, daß diese „offizielle Information“ gebunden ist an eine ganze Reihe von komplizierten Voraussetzungen. So fragt es sich beispielsweise, wie man es halten will bei jenen Farben, die nicht lediglich durch ihre Bezeichnung eine Qualitätsfestsetzung bieten, sondern Muster bedingen. Die Sache ist im Zustand des Versuches, und man wird abwarten müssen, wie sie sich entwickelt. Jedenfalls handelt es sich um einen höchst interessanten Versuch, die Branchegenossen über die Verkaufspreise zu unterrichten. Die Käufer werden jetzt in die Unmöglichkeit versetzt, durch unzeitgemäßes Preisdücken einen Fabrikanten gegen die anderen auszuspielen. Aber das Wichtigste scheinen die Amerikaner bei dieser Neueinrichtung doch vergessen zu haben. Gerade diejenigen Verkäufer, die, aus welchen Gründen immer, Wert darauf legen, ihre Erzeugung abzusetzen, wissen, was ihre Konkurrenz anbietet und können dementsprechend billiger sein. Es wird also der Unterbietung keine Grenze gezogen, und wo die

ungesunde und wo die gesunde Unterbietung anfängt, ist eine Frage, die nur subjektiv zu beantworten ist. Es scheint also diese neue Idee keineswegs die Anwartschaft darauf erheben zu können, ihren Zwecken und Zielen restlos zu dienen. (Lehne vom 19./2. 1919.) Gr.

Metallvorkommen im britischen Weltreich. Im britischen Weltreich wird mehr als die Hälfte des Goldes gewonnen, das die ganze Welt erzeugt. Zur Silbererzeugung steuern die englischen Dominien besonders Canada fast 20% bei. An Mangan und Chrom lieferte das Reich etwa die Hälfte der Welterzeugung, dagegen von der Gesamtquecksilbererzeugung der Welt, die sich 1915 auf 3500 t belief, nur 3 t, die aus Australien kamen. Auch zur Gesamterzeugung der Welt an Platin mit 148 574 Unzen hat das Reich nur 97 Unzen beigesteuert, die aus Australien, Canada und Indien kamen. — In den einzelnen Teilen des Reiches sind folgende Vorkommen vertreten (die nicht oder nur in ganz geringem Maße in Ausbeutung befindlichen sind mit * bezeichnet):

Vereinigtes Königreich: Eisen, Zinn, Blei, Zink, Gold*, Aluminium, Mangan*, Wolfram, Silber*, Kupfer, Antimon, Chrom*, Nickel*. — Neufundland: Eisen, Kupfer, Blei*, Zink*, Gold*, Chrom*, Molybdän*. — Canada: Gold, Zink, Eisen, Blei, Kupfer, Nickel, Silber, Kobalt, Chrom, Antimon, Mangan, Platin, Molybdän. Viele Vorkommen dieser Erze werden noch nicht ausgebeutet. — Britisch-Guyana: Gold, Aluminium (Bauxit)*. — Ägypten: Gold, Blei, Zink, Mangan*. — Goldküste: Gold, Mangan. — Nigeria: Zinn, Gold, Eisen*, Blei*. — Rhodesien: Gold, Chrom, Silber, Kupfer, Blei, Antimon, Zinn, Wolfram, Eisen*, Zink*, Wismut*, Vanadin*. — Südafrika: Gold, Kupfer, Zinn, Silber, Blei, Nickel, Zink, Wolfram, Antimon, Molybdän, Mangan*, Chrom*, Eisen*. — Indien: Gold, Blei, Zink, Wolfram, Chrom, Mangan, Platin*, Aluminium*, Eisen*, Kupfer*, Silber*, Zinn*. — Britische Malaya-Staaten: Zinn, Wolfram, Gold. — Australien: Gold, Blei, Zink, Eisen, Silber, Kupfer, Wismut, Antimon, Wolfram, Quecksilber*, Iridium*, Chrom*, Platin*, Mangan*. (Veröffentlichung des Imperial Institute nach „Statist“.) —r.

Stand der chemischen Industrie in Niederländisch-Indien. Im Jahre 1915 wurde ein Ausschuss für die Fabrikindustrie in Niederländisch-Indien, die „Commissie voor de Fabrieknijverheid in Nederlandsch-Indië“ ins Leben gerufen. Einer seiner Mitglieder, Herr van Reijersberg Versluis, sagt in einer einschlägigen Abhandlung dieses Ausschusses, daß der Bevölkerungszuwachs und die Steigerung des Lebensstandards in Niederländisch-Indien ein schnelles und starkes Anwachsen der gesellschaftlichen Einkommen nötig machen und daß dies allein durch Ausbreitung der fabrikmäßigen Erzeugung zu erreichen ist. Er macht den Erfolg abhängig von den Opfern, welche man auf diesem Gebiet bringt und wünscht, die Industrie erst auf europäische Weise und unter europäischer Aufsicht (gegebenenfalls durch Gründung von Filialen europäischer, womöglich holländischer Firmen) einzurichten und ferner zu überlegen, inwiefern und auf welche Weise die Eingeborenen daran teilnehmen könnten. Waren aller Art, die teuer und rar sind, sollten in erster Linie für die Fabrikation in Niederländisch-Indien in Betracht kommen, soweit dies möglich ist. Nach den gemachten Feststellungen sind gegenwärtig die nachstehenden Industrien, soweit sie an dieser Stelle interessieren, in Niederländisch-Indien bereits vertreten: Eisensulfat für die Batikindustrie; Natriumsulfat für Kautschukunternehmungen; Kaliumsalze (ausschließlich infolge des Krieges entstanden); Carbid; Romanit, ein Explosivstoff, dessen Fabrikation zur Zeit durch den Mangel an Rohstoffen bedroht ist; Sauerstoff; Stickstoff; Schwefelsäure für die Eisfabriken; flüssige Kohlensäure; Tinte, aus inländischen Rohstoffen; Cuprojodide, zumeist für Ausfuhrzwecke; Schwefelsäure, eine stark ausgebaute Industrie, die zu exportieren beginnt; pharmazeutische Präparate; Bohnerwachs; Achenopodiumöl gegen Grubenwurmkrankheiten der Kulis; Alkohol; Ricinusöl; Chininsalze, eine während des Krieges stark ausgebaute Industrie; Essigsäure zur Koagulierung des Kautschuks; Seife, eine während des Krieges stark ausgebaute Industrie; Kaffeeextrakt; Kunstbutter, eine während des Krieges stark vergrößerte Industrie, die bereits ausführt; Knochenmehl, dessen Fabrikation während des Krieges stark zugenommen hat, zum Teil jedoch durch den Mangel an Maschinen beeinträchtigt wird; Kölnisches Wasser; anderes Riechwerk; vulkanisierte Gummiwaren und Ebonit, Farben und Firnis, diese Industrie hat Mangel an Maschinen, arbeitet aber weiter und sucht die Zahl der inländischen Rohstoffe zu vermehren; Tannadine (auf Borneo); pflanzliche Öle.

Die Erzeugung von Romanit, Cuprojodiden, Schwefelsäure, Chininsalzen, Seife, Kunstbutter, Knochenmehl und pflanzlichen Ölen wurde bereits vor dem Kriege getrieben, meistens aber in kleinem Maßstabe.

Die Tintenfabrikation hat gute Aussichten, auch nach dem Kriege sich günstig zu gestalten. — Die Seifenindustrie hat Mangel an kohlensaurer Soda und Ätznatron. Niederländisch-Indien erzeugt keine Kernseife. An guten Verpackungsmitteln herrscht Mangel. — Die Ölfabrikation, vor dem Kriege fast

ohne Bedeutung, hat jetzt ihre Erzeugung stark vergrößert. Der Umsatz der größten Fabrik erreichte im Jahre 1917 einen Wert von 17 Mill. Gldn. Die Ausfuhr in den wichtigeren Erzeugnissen umfaßte 1916 folgende Mengen: Kokosöl 11 000 000 l, Katjangöl 290 000 l, Ricinusöl 409 000 l.

Des weiteren haben die nachstehenden Industriezweige Aussicht, in nächster Zeit in Niederländisch-Indien aufgenommen bzw. erweitert zu werden. Zement: 2 Fabriken neben einer bereits bestehenden; es ist auf Java Platz für 4—5 Fabriken. Farben: Java hat verschiedene Farbstoffe, wie Manggistanschalen (rot) Kembang-Patoo (rot), Patjar-Kling (gelb und rot), Butterfarbe, mineralische Farbstoffe. Schwefelsaures Ammoniak: Sobald die Stickstoffabrik im Nebenbetrieb Schwefelsäure herstellen wird. Kaliumchlorat: u. a. für Feuerwerk und Zündstoffe. Schwefelkohlenstoff: für die Behandlung von Tabak. Glycerin, Ricinusöl: für Flugzeugmotore und medizinische Zwecke.

Es ist, wie hierzu noch bemerkt sei, nicht zu verkennen, daß Faktoren vorhanden sind, welche die Entwicklung der Industrie in Indien ungünstig beeinflussen: Vor allem ist das binnenländische Absatzgebiet klein infolge der verhältnismäßig geringen Zahl der im Lande wohnenden Fremden, so daß bei Kleinbetrieben die Unkosten der Fabrikation hoch sind; dazu kommt, daß die Frachtsätze zwischen den indischen Hafenstädten, beispielsweise zwischen Padang und Makassar, sich höher stellen als die normalen Raten von Europa nach Indien. Industrieheimend dürfte auch der steigende Wettbewerb des Auslandes wirken; insbesondere werden voraussichtlich nach dem Kriege die japanische und amerikanische Flagge in den indischen Gewässern noch häufiger werden. Jetzt sollen bereits amerikanische Banken nach Indien kommen; auch japanische Bankhäuser richten sich dort ein. *Kl.*

Marktberichte.

Der Deutsche Stabeisenausfuhrverband nahm zur Begegnung fremder Konkurrenz eine stärkere **Ermäßigung der Stabeisenausfuhrpreise** nach Holland vor, wobei jedesmalige Preisstellung fremder Offerte angepaßt werden soll. *on.*

Japanische Lieferung von Weißblech an die Schweiz. Die Japaner sollen der Schweiz jetzt Weißbleche in großen Posten zur Lieferung Ankunft August 1919 anbieten. Es handle sich dabei hauptsächlich um Bleche für die Konservenbüchsenindustrie, einen in der Schweiz vielbegehrten Bedarfartikel, der vor dem Kriege in bedeutenden Mengen aus Deutschland eingeführt worden ist. Der Preis für diese Bleche sei sehr niedrig und betrage für 1 kg 1,12 Fr. fob japanischen Hafen. Dieser Preis würde bei ungefähre Berechnung der hinzukommenden Spesen loco Schweiz sich auf etwa 1,45 Fr. für 1 kg erhöhen. (Nachrichten 35, 1919.) *ar.*

Amerikanischer Kupfermarkt. Die Vertreter der Arbeiter in den Kupferminen von Utah, Arizona und Montana nahmen nach Rücksprache mit den Beamten des Department of Labour eine Entschließung an, dem Kongreß eine Vorlage über langfristige Kredite an fremde Länder zum Schutz des Kupfermarktes einzureichen. Außerdem fordern sie, daß das War and Navy Department seine Vorräte vom Markt fernhält. *ll.*

Wiedergewinnung von Kupfer aus den Kampfgebieten. Seit geraumer Zeit beschäftigt sich die amerikanische Kupferindustrie mit der Frage, wieviel Kupfer aus den Kampfgebieten wiedergewonnen werden kann und wieviel Kupfer Europa, hauptsächlich Deutschland, gebrauchen wird. Was an Kupfer die Schlachtfelder in Serbien, Bulgarien, Österreich, Italien und Rußland wiedergeben werden, entzieht sich jeder Berechnung, dagegen hat man ausgerechnet, daß die Kampfgebiete Nordfrankreichs und Belgiens 3 Mill. t Kupfer enthalten, von denen wenigstens ein Drittel wiedergewonnen werden kann. Wenn es Frankreich und Belgien gelingt, dieses Metall zu retten, so muß die Verteilung des so gewonnenen Kupfers auf der Friedenskonferenz festgelegt werden, da Amerika und England Anspruch auf einen Anteil haben. Je mehr Kupfer dort gewonnen wird, desto weniger kann Amerika nach Europa verkaufen. In normalen Zeiten kaufte Deutschland jährlich 20 000 t Kupfer in den Vereinigten Staaten. („Wall Street Journal“ vom 2./12. 1918.) *ar.*

Preiserhöhung für Kohlensäure. Die außerordentliche Verteuerung der Fabrikationskosten hat die Kohlensäurewerke veranlaßt, eine weitere Erhöhung der Verkaufspreise eintreten zu lassen. Die mit Wirkung ab 17./2. in Kraft getretenen neuen Verkaufspreise betragen für Groß-Berlin 90 Pfg. in Leihflaschen, 82½ Pfg. in eigenen Flaschen. Die Preiserhöhung beträgt damit 15 Pfg. je Flasche. *Gr.*

Die Lage der Sodaindustrie in der Schweiz. Der Bundesrat hat kürzlich folgenden Beschluß gefaßt: Wer Sodaprodukte für sich oder in Mischungen, deren Hauptbestandteil sie bilden, erzeugen oder in die Schweiz einführen will, bedarf einer Bewilligung des Bundes. Die Bewilligungen sind nach Menge und Zeit begrenzt, können aber erneuert oder wieder entzogen werden. Der Bundesrat wird an die Bewilligungen die Bedingungen knüpfen, die geeignet sind, der

Sicherstellung des inländischen Bedarfs an Soda zu angemessenen Preisen zu dienen. Im begleitenden Bericht an die Neutralitätskommissionen weist der Bundesrat darauf hin, daß die günstigen Erzeugungsverhältnisse der schweizerischen Sodaindustrie durch die Folgen des Waffenstillstandes von Grund auf geändert worden sind, und zwar durch die geringen Kohleneingänge, die ein zeitweiliges Einstellen der Fabrikation zur Folge haben werden (für 100 kg calcinierte Soda sind etwa 100 kg Kohle nötig). Der Bundesrat teilt mit, daß in diesem ungünstigen Moment der Solvaykonzern zur Zeit calcinierte Soda zu 25—30 Fr. für 100 kg, frei Schweizerstation, anbietet, während die einheimische Fabrik den Preis zur Zeit auf 66,20 Fr. für das gleiche Gewicht festsetzen muß. Um die einheimische Sodaindustrie in ihrer Existenz zu schützen und andererseits die Unabhängigkeit im Gebiete der industriellen Rohstoffe zu wahren, hat sich der Bundesrat entschlossen, auf ein Sodamonopol oder auf eine Lösung mittels Zoll oder vertraglicher Vereinbarung zwischen dem Auslandwettbewerb und der schweizerischen Sodaindustrie, sowie auf die bloße Anwendung der Beschlagnahmeverfügung über Alkalien vom 19./11. 1917 zu verzichten und die Fabrikation und die Ausfuhr freizugeben. (Basler Nachrichten vom 11./2. 1919.) *ar.*

Durch eine Verfügung des Departements des Innern vom 13./1. 1919 sind neue **Höchstpreise für den Handel mit Gerbrinde und Holz in der Schweiz** für die Gerbstoffextraktion festgesetzt worden. Durch diese Verfügung ist diejenige vom 8./6. v. J. außer Kraft gesetzt worden. *on.*

Der Chinarindenmarkt in Niederländisch-Indien. Der Krieg hat, wie der holländische Konsul für Java berichtet, den Eignern von Chinarinde gute Gewinne gebracht, trotzdem er die Verbindung mit den industriellen Mitgliedern des Chinarindekontrakts hier und da löste. Bewertete sich das Unit im Jahre 1912 auf 0,033 Gldn., so war es im Jahre 1914 bereits auf 0,062 Gldn. gestiegen, um Ende 1917 einen Stand von 0,114 Gldn. zu erreichen. Ein Unit von 11,4 Cent bei einem mittleren Gehalt von 6½ ergibt einen Preis von 0,741 Gldn. für ½ kg Rinde. Der durchschnittliche Kostenpreis auf der Gouvernementsunternehmung wird mit beinahe 0,215 Gldn. für ½ kg angegeben, so daß sich der Rohgewinn ungefähr auf 0,53 Gulden für ½ kg stellt; das ist 250%.

Es kann unter diesen Umständen kein Wunder nehmen, daß stets mehr Unternehmungen sich mit der **Anpflanzung von Chinabäumen** befassen. Ihre Zahl beträgt gegenwärtig auf Java bereits gegen 125; zudem ist jetzt ernstlich die Sprache von der Einrichtung einer Chinakultur auf der Insel Sumatra. Der oben genannte Konsul befürchtet trotzdem nicht eine Übererzeugung für die nächste Zukunft; man vermutet, daß der Verbrauch auch unmittelbar nach dem Kriege groß bleiben wird.

Viel dürfte inzwischen für die Chinapflanzer abhängen von dem Zustandekommen eines neuen Chinakontrakts, nachdem der alte Kontrakt am 15./7. 1918 abgelaufen ist. (Die Erneuerung des Kontrakts ist inzwischen erfolgt; vgl. Angew. Chem. 31, III, 394 [1918].)

Der Mangel an Schiffsraum dürfte vielleicht der Bearbeitung der Chinarinde auf Java hinderlich sein.

Die **Ernte** auf der Regierungspflanzung stellte sich bis Ende September 1918 auf 736 047 kg trockene Rinde und wurde in der Hauptsache erzielt durch Ausdünnen und Beschneiden der Pflanzungen. *Kl.*

Leimmarkt. Noch immer sind die Preise für Leim unerhört hoch. Die Rohstoffe sind bekanntlich beschlagnahmt und unterliegen Höchstpreisen. Diese sind, besonders für Leimleder, kaum höher als im Frieden. Für Leim müssen aber die Verbraucher den zehnfachen Satz zahlen. Diese auffällige Tatsache findet ihre Erklärung darin, daß zahlreiche Leimfabriken Bezugsrechte aufkaufen, auch der Kriegsausschuß für Ersatzfutter hat sich an solchen Käufen beteiligt und dann das so erworbene Leimleder im Lohn verarbeiten lassen. Für das Fertigerzeugnis erzielte er wie auch die übrigen Leimfabriken die schnellig hohen Preise. Die Kosten für 10 000 kg Leimleder betragen etwa 600 M., neuerdings 1100 M. Das Bezugsrecht wurde bezahlt mit ca. 3200 M. Aus 10 000 kg Leimleder gewinnt man 1100 kg Lederleim zu 4950 M., etwa 200 kg Fett zu etwa 1000 M. und Düngestoffe, die gar nicht gerechnet werden sollen. Der Nutzen ist also so enorm, etwa zehnmal so hoch als im Frieden, daß man ruhig die hohen Preise für Bezugsrechte zahlen kann. Geradezu unverantwortlich hoch ist er ohne die Kosten des Bezugsrechtes, d. h. bei der Verarbeitung direkter Lieferungen. Die Leimfabriken behaupten nun, daß sie ihre Betriebe nicht ausnutzen können, mit sehr hohen Spesen arbeiten usw. Die Konzession, die man ihnen in den hohen Preisen macht, ist aber trotzdem nicht gerechtfertigt, da das Endergebnis weit über Friedensergebnisse hinausgeht. Die Leimpreise sind zwar auf 240 M. herabgesetzt worden, dies genügt aber nicht. Die Belastung der Verbraucher ist noch ungerecht hoch. (Frkf. Ztg.) *on.*

Vom Terpentinöl- und Harzmarkt (19./2. 1919). An den Preisen für Ersatzmittel für Terpentinöl hat sich am inländischen Markt im großen und ganzen nur wenig geändert. Der Bedarf ist gegenwärtig gering, und die Verkäufer wie die Käufer verhalten sich abwartend. Ersterer würden sich schon besser stehen,

wenn sie von ihren durchweg hohen Forderungen etwas nachließen, um das Geschäft wieder in Fluß zu bringen und im Fluß zu erhalten. Die Verbraucher werden andererseits auf Zufuhren ausländischen Terpentinöls auf lange Zeit hinaus noch vergeblich warten. Selbst England, dem alle Wege offen stehen, dem aber anscheinend der nötige Frachtraum fehlt, muß auch weiter mit empfindlicher Knappheit an Terpentinöl und Harz rechnen. Vorderrhand besteht dort keine Möglichkeit, die Knappheit zu beseitigen. Manche Ersatz- und Lösungsmittel, welche bei uns angeboten werden, müßten allerdings vor Ankauf genauer untersucht werden. Wasserheller Terpentinölersatz würde heute etwa 400 M die 100 kg kosten, Leichtholzölersatz, spez. Gew. 0,720, verkehrsfrei, 340 M und Celluloidlösungsmittel 330 M die 100 kg ab verschiedenen Stationen; Lösungsol, zur Herstellung von Cumaronharzlacken geeignet, war schon mit 110 bis 120 M, aber auch teurer angeboten, während Terpentinölersatz, langsam verdunstend, mildriechend, 180 M die 100 kg kosten würde. In vielen Angeboten waren genaue Preise von vornherein nicht genannt, um Höchstgebote zu erhalten. Dazu liegt unter den heutigen Verhältnissen für die Verbraucher nicht die geringste Veranlassung vor. Das Angebot auf Lieferung von Kolophonium war in den letzten Wochen lebhafter, ohne daß in allen Fällen Forderungen gestellt wurden. Soweit Preise genannt waren, lauteten solche auf 17—17,50 M das kg. Zum Teil waren größere Posten angeboten, was vermuten läßt, daß man mehr oder weniger unter diesen Preisen kaufen kann. Wachs, Terpentinöl und Schellack können übrigens durch Vermittlung des Reichsausschusses für pflanzliche und tierische Öle und Fette in Berlin bezogen werden. Die Freigabe erfolgt indessen nur an Selbstverbraucher. Für kleinere, verkehrsfreie Mengen Kienöl fehlte genaue Preisangabe. Während die Vorräte von Schellack in England groß genug sind, um dem Bedarf genügen zu können, ist dies mit Terpentinöl und Harz nicht der Fall. Die Beschlagnahme von Schellack ist seit einiger Zeit aufgehoben und der Handel damit freigegeben. Es haben bereits wieder die ersten Auktionen stattgefunden, und die Preise sind erheblich gesunken. Von weiteren Zufuhren aus Indien wird es allerdings abhängen, ob Schellack vorübergehend wenigstens nicht ein Opfer der Spekulation wird. Am Londoner Markt notierte T. N. vorrätig 250—255 sh. der Ztr. Schellack und Schellackersatz waren auch am einheimischen Markt angeboten, genaue Preise aber nicht genannt. Da das Geschäft mit Terpentinöl und Harz in England nach wie vor unter der Kontrolle der Regierung steht, haben selbstverständlich auch die Preise wesentliche Veränderungen bisher nicht erfahren. Die Regierung bereitet übrigens darauf vor, daß die Überwachung des Geschäftes noch für längere Zeit wird bestehen bleiben müssen. Amerikanisches Terpentinöl ist während der Berichtszeit in England nur in ganz geringen Mengen oder überhaupt nicht abgegeben worden. Verkauf wurde hauptsächlich ein Gemisch aus spanischer und französischer Ware. Zur Verschiffung in den Monaten Januar—Juni hat England 20 000 Faß Terpentinöl in Nordamerika gekauft. Die Verteilung einer verhältnismäßig geringen Menge über einen so langen Zeitraum besagt, daß für Artikel wie Terpentinöl einstweilen noch wenig Frachtraum zur Verfügung gestellt werden kann. Das Geschäft mit Harz glich ungefähr dem mit Terpentinöl. Die Vorräte sind augenblicklich sehr klein und werden vorläufig auch wohl kaum ergänzt werden können. Die Preise der verschiedenen Sorten bewegten sich zwischen 54 sh. 6 d bis 57 sh. 6 d der Ztr. Solange die Bezüge nach England keine Verstärkung erfahren, werden auch den Neutralen und uns nennenswerte Mengen nicht zugeführt werden können. Und für uns ergibt sich aus diesem wie aus anderen Gründen die Notwendigkeit, das Geschäft mit Ersatzmitteln für Terpentinöl und Harz nicht zu vernachlässigen. An den nordamerikanischen Märkten war die Lage während des Berichtsabschnittes wenig befriedigend für die Erzeuger, wie für den Ausfuhrhandel. Von dem Beginn des neuen Geschäftsjahres trennen uns jetzt noch sechs Wochen. An Arbeitskräften kann es in der Land- und Forstwirtschaft nicht fehlen, so daß angenommen werden muß, daß die Gewinnung von Terpentinöl und Harz erhebliche Steigerung erfahren wird. In Neuyork ist der Preis für Terpentinöl von 76½ auf 72 und in Savannah von 70½ auf 66½ Cents die Gallone gesunken. Unter den neuen Verhältnissen, welche auf Ausnutzung jeder sich bietenden Ausfuhrmöglichkeit schließen lassen, verdienen solche Preisermäßigungen um so mehr Beachtung. Die Werte von Harz haben sich in Nordamerika auch nicht behauptet. Der Preis der Marke „F“ ging in Savannah weiter von 13,50 auf 13,35 Dollar zurück. Dieser Preis wird natürlich erheblich ermäßigt werden müssen, wenn der europäische Markt in früherem Umfange zurückerobert werden soll.

—m.

Kartelle, Syndikate, wirtschaftliche Verbände, Zwangswirtschaft, Monopole.

Rheinisch-westfälisches Kohlensyndikat. Nach dem einstimmigen Beschluß der Versammlung der Zechenbesitzer bleiben die Richtpreise bis zum 31./3. unverändert. Die Brikettpreise richten sich,

wie bei der letzten Preisfestsetzung, nach den Pechpreisen. Man hat von einer Erhöhung der Preise Abstand genommen, obwohl bei den inzwischen erheblich weiter gestiegenen Selbstkosten die Zechen vielfach mit großem Verlust arbeiten.

Interessengemeinschaft von Ölfabriken. In der Generalversammlung der Bremen-Besigheimer Ölfabriken teilte der Vorsitzende mit, daß die drei größten deutschen Ölfabriken, nämlich der Verein deutscher Ölfabriken in Mannheim, F. Thörls Vereinigte Harburger Ölfabriken und die Bremen-Besigheimer Ölfabriken einen Vertrag über eine Interessengemeinschaft abgeschlossen hätten, die den Zweck habe, die Schwierigkeiten beim Ein- und Verkauf, besonders die zukünftigen, nach Möglichkeit auszuschalten. Auch jede andere große Ölfabrik könne sich diesem Abkommen anschließen. Eine Hamburger Fabrik und die Ölfabrik Groß-Gerau in Bremen hatten schon ihre Bereitwilligkeit erklärt. Das Abkommen sei sehr vorteilhaft. Die Versammlung genehmigte das Abkommen und die übrigen Anträge. Über die Aussichten bemerkte der Vorsitzende noch, daß auch für das laufende Jahr eine befriedigende Dividende (für 1918: 15%) zu erwarten sei, wenn nicht besondere Schwierigkeiten eintreten. Jetzt habe der Betrieb eine Woche wegen Kohlenmangel stillliegen müssen.

Eine Zentralstelle für Chemie und chemische Industrie in England hat sich, laut Morning Post vom 7./2. 1919, aus den verschiedenen Vereinigungen der chemischen Industrie und Wissenschaft unter der Bezeichnung „Federal Council for Pure and Applied Chemistry“ zusammengeschlossen. Das Fehlen einer solchen Zentralstelle und die Vernachlässigung der Chemie als Wissenschaft soll, wie von den interessierten Kreisen ausgeführt wird, den Stillstand und Rückschritt verschiedener Industriezweige, wie z. B. der Glas- und Farbenfabrikation, verschuldet haben. Während des Krieges haben sich nun als Abzweigungen der „Chemical Society“ eine Anzahl kleinerer Vereinigungen gebildet, denen aber eine einheitliche Leitung und ersprießliche Zusammenarbeit fehlte. Das neugebildete Amt soll nun diese Lücke ausfüllen; zunächst wird eine Gesellschaft oder Gilde für die wissenschaftliche Chemie zusammentreten, die als erste Hauptaufgabe die Anschaffung einer umfassenden Bibliothek für Chemie, die von allen der neuen Vereinigung angehörenden Interessenten benutzt werden darf, betrachtet. Unter den beigetretenen Vereinigungen befinden sich solche für die chemische Industrie, für öffentliche chemische Analysen, für Färberei, für Glas und Keramik und für Brauerei, ferner ist auch die Faraday Society darin vertreten.

Nach dem „Iron and Coal Trades Review“ vom 31./1. hat der Ausschuß der British Federation of Iron Steel, Tinplate and Metal Merchants in einer Sitzung am 4./1. beschlossen, sich gegen jede Einführung der Imports and Exports (Temporary Control) Bill, die die Aufsicht über den Einfuhr- und Ausfuhrhandel während der nächsten drei Jahre nach dem Kriege der Regierung durch Erteilung von Lizenzen übertragen will, auf das äußerste zu widersetzen. Ferner verlangt der Ausschuß, da bei Beibehaltung der Ausfuhrbeschränkungen die von Großbritannien vor dem Kriege innegehabten Märkte mit Produkten aus anderen Ländern versorgt werden, daß, sofern die Ausfuhr und die Wiederausfuhr irgendeines Rohstoffes für die britische Industrie von Notwendigkeit sei, eine solche Verfügung nur nach Anhören der betreffenden Verbände von Zeit zu Zeit erlassen werden soll. Im nationalen Handelsinteresse soll eine Handelsaufsicht in keinem Falle über eine Zeit von zwölf Monaten nach dem Kriege ausgedehnt werden; auch soll mit Ausnahme von Rohstoffen und Nahrungsmitteln die Aufsicht über den Handel mit solchen Ländern beschränkt bleiben, die während des letzten Krieges als feindliche galten. — Auf einer großen Versammlung der Mitglieder der Getreidebörse wurde die Frage der Beibehaltung der Handelsbeschränkungen besprochen und der Beschluß gefaßt, daß mit Ausnahme der Höchstpreise unmittelbar Schritte unternommen werden sollten, die verschiedenen Handelsbeschränkungen des Landes aufzuheben.

Wie verlautet, beabsichtigt die ungarische Regierung das Zuckermopol einzuführen.

Aus Handel und Industrie des Auslandes.

Allgemeines.

Das dänisch-amerikanische Wirtschaftsabkommen. Laut Mitteilung des Auswärtigen Amtes sind, wie „Börsen“ vom 7./2. schreibt, von den Alliierten Regierungen die Warenmengen des dänisch-amerikanischen Wirtschaftsabkommens vom 18./9. 1918 (Angew. Chem. 31, III, 505, 618 [1918]) folgendermaßen erhöht: Kautschukmäntel und -schläuche für Kraftwagen und Motorräder von 350 t auf unbeschränkte Zuteilung, Nüsse und Kerne von 500 t auf 1300 t, Kaffee von 16000 t auf 18000 t, Tee von 600 auf 700 t, Seife von 400 auf 1300 t, Aluminium und Erzeugnisse daraus von 132 auf 150 t, Zink und Erzeugnisse daraus von 2700 auf 3000 t, Rohbaumwolle und Baumwollenabfall von 5000 auf

9300 t, Baumwollenzwirn und -garn von 2000 auf 2700 t, andere Baumwollenwaren von 4000 auf 4900 t, Tauwerk von 800 auf 1200 t, Jute und Erzeugnisse daraus von 420 auf 6500 t, Seidenwaren von 200 auf 300 t, Schuhzeug von 280 auf unbeschränkte Zuteilung, Lederwaren, ausschließlich Ledertreibriemen, von 200 t auf unbeschränkte Zuteilung, Kohlenteer von 600 auf 800 t, calcinierte, kaustische und gebrannte Soda von 12 500 auf unbeschränkte Zuteilung, Citronensäure von 20 auf 30 t, Schwefel von 270 auf 300 t, Schmieröl von 7000 auf 10 000 t, Petroleum und andere Brennöle von 73 000 auf 90 000 t, elektrische Lampen von 70 auf unbeschränkte Zuteilung, Blei und Erzeugnisse daraus von 3000 auf 3500 t, Pflanzenfasern von 1000 auf 1500 t, Kork und Erzeugnisse daraus von 1200 auf 2400 t, Gummischuhe usw. von 100 auf 150 t, andere Kautschukwaren von 100 auf 200 t, Graphit von 100 auf 400 t, Düngemittel von 33 333 auf 60 000 t, Wolle und Wollgarn von 1500 auf 3000 t, Wollenwaren von 1200 auf 3000 t. Ferner sind Dänemark 200 000 t Superphosphat und 2000 t Calciumcarbid zugestanden worden. *on.*

Das Wirtschaftsabkommen der Niederlande mit den Verbündeten (vgl. S. 4 und 26). Das holländische Auswärtige Amt veröffentlicht in der Tagespresse die Gütermengen, die von den verbündeten Regierungen für die Einfuhr in Holland freigegeben wurden. Der umfangreichen Liste, die der „Telegraaf“ vom 9./2. 1919 veröffentlicht, seien folgende wichtige Posten entnommen (in t): Phosphate 100 000; Superphosphate 75 000; Pyrit 10 000; Aluminium 200; Antimon 20; Weißmetall 100; Schriftmetall 100; Kupfer 10 000; Kupfersulfat 1000; Blei 8000; Schwefel 1500; Asbest 800; Zinn 1000; Nickel und Nickelverbindungen 143; Borax und Borsäure 1200; Calciumcarbid 8000; Nitrate 165 000; Benzin 14 000; Petroleum 140 000; Paraffin 2500; Gasöl 30 000; Schmieröl 14 000; Asphalt 1000; Terpentin 3500; Harz 5000; Baumwolle 47 000; Jute 22 000; Hanf 12 000; Wolle 10 000; Kapok 1500; Kokosfasern 1200; Brotgetreide 600 000; Kaffee 40 000; Reis, Sago usw. 70 000; Viehfutter 500 000; Mais 250 000; Kakaobohnen 9000; Dörrobst und Südfrüchte 14 000; Tabak 33 000; Öle und Fette 80 000; Chinarinde 50; Gummi 800; Spiritus 10 000; Teakholz 4800; Cedernholz 1000; Schreibmaschinen 150. Für Liköre, Tee, Zigaretten- und Rauchtobak, Fahrradreifen und Lederfabrikate sind die Einfuhrmengen unbeschränkt. Für Fahrräder, Motorräder, Chemikalien, Maschinen, Weißblech, Zink, Sprengstoffe und Munition wird jede Einfuhranfrage vorher von den Verbündeten geprüft.¹⁾ *ar.*

Ausschluß der Deutschen aus der Antwerpener Handelskammer. Laut „Handelsblad van Antwerpen“ vom 2./2. 1919, beschloß die Antwerpener Handelskammer den Ausschluß aller deutschen Mitglieder.¹⁾ *on.*

Deutsch-Österreich. „Wirtschaftliche Nachrichten.“ In der Erkenntnis, daß eine Hebung und Verstärkung der Erzeugung das einzige Hilfsmittel der wirtschaftlichen Lage des deutsch-österreichischen Staates ist, gibt das Wirtschaftspolitische Amt des Reichsverbandes der österreichischen Industrie unter dem Titel „Wirtschaftliche Nachrichten“ ein Informationsorgan für Industrie, Handel, Gewerbe, Kapital und Landwirtschaft heraus, das den beteiligten Kreisen die wichtigsten Nachrichten wirtschaftspolitischer Natur auf der ganzen Welt kurz gefaßt und rasch zur Kenntnis bringen soll. Damit soll einem schon seit langem bestehenden Mangel abgeholfen werden. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 75 Kr. Die Schriftleitung befindet sich Wien, 3. Bezirk, Lothringer Str. 12. („Freunden-Blatt“ vom 10./2. 1919.)

Bergbau und Hüttenwesen; Metalle.

Bolivien. Neugründung. In La Paz wurde, nach „South Am. Journ.“ vom 28./12. 1918, am 1./7. 1918 von W. R. Grace & Co. die „International Mining Company“ gegründet, deren Aufgabe es sein soll, eine bessere Entwicklung der Bergwerksindustrie des Landes herbeizuführen und die reichen Erzlager Boliviens auszubeuten. Die Gesellschaft hat in der Region von La Paz Ländereien im Umfange von etwa 3000 ha erworben, die sehr wertvolle **Zinn- und Wolframergzlager** enthalten. Untersuchungen der Erzgänge und Adern haben ergeben, daß sie ungewöhnlich reich sind und die Aussicht eröffnen, daß große Mengen von Erzen gefördert werden können, sobald die Maschinen, die von den Vereinigten Staaten unterwegs sind, aufgestellt sein werden. Von dem nahe gelegenen Muruata-Berge kommen mehrere Wasserläufe, die eine ausreichende Versorgung mit Trinkwasser ermöglichen und auch die nötige Wassermenge für die Kraftstation hergeben, für deren Errichtung das Wasserrecht von der Gesellschaft bereits erworben wurde. Die umliegenden Berge weisen einen guten Holzbestand auf, der die Versorgung der Bergwerke mit dem nötigen Bauholz aus nächster Nähe sicherstellt. Der Sitz der Verwaltung ist in La Paz, der des Direktoriats in New York. Das volle eingezahlte Kapital beträgt 1 Mill. Bol.¹⁾ *on.*

England. Beabsichtigter Erwerb der British Steel Corporation durch Baldwins. „Times“ teilen mit, daß Baldwins versuchen will, die British Steel Corporation zu erwerben, die im Oktober mit einem Aktienkapital von 1 Mill. Pf. Sterl. gegründet worden ist. Es sollen

Hochöfen mit einer Lieferungsfähigkeit von 20 000 t Roheisen wöchentlich errichtet werden, wodurch Baldwins einer der größten Betriebe Europas werden wird. *u.*

Italien. Im Gebiet von Piemonte d'Alife sollen **Bauxitlager** gefunden worden sein. („Economista d'Italia“ vom 6./2. 1919.) *dn.*

Schweden. Nach einem schwedischen Zeitungsbericht hat die Stockholmer Superphosphat-Gesellschaft mit der Ausbeutung großer und reichhaltiger **Wolfram- und Wolframbleierzlager** in Yxsjö in Bergslagen begonnen. Man hofft, daß der schwedische Bedarf an Wolfram von etwa 20 t im Jahre hieraus gedeckt werden kann. Seit 1916 hat keine Einfuhr von Wolfram nach Schweden stattgefunden, auch hat eine Wolframindustrie bisher hier nicht bestanden. („Iron and Coal Trades Review“ vom 31./1. 1919.) *u.*

Chemische Industrie.

England. Geschäftsbericht der Levinstein Ltd. Unter dem Titel „Die Arbeit von vier Jahren“ hat die Gesellschaft Levinstein Ltd. eine Broschüre veröffentlicht, die kurz ihre bemerkenswerten Leistungen „hinsichtlich der Entdeckung der Geheimnisse, die vor dem Kriege hochgeschätzter Besitz der Deutschen waren“ schildert. Mit wie wunderbarer Ausdauer und Geschicklichkeit die Chemiker gearbeitet haben, begreift man, wenn man hört, daß die Firma jetzt über 200 Farben fabriziert, die alle aus etwa 150 in ihrer Fabrik hergestellten Zwischenprodukten hervorgehen. Erwähnt werden die in der Herstellung des Indigo aufgetretenen und von Levinstein überwundenen Schwierigkeiten; das Erzeugnis ist jetzt dem besten deutschen gleich und wird in genügender Menge für den heimischen Bedarf hergestellt. Leider scheint es, als ob weiteres Kapital für weitere Entwicklung nötig wäre; aber es darf nicht übersehen werden, daß das Gesamtkapital der vereinigten deutschen Farben- und chemischen Fabriken 50 Millionen Pfund nahe kommt, während das in der englischen Industrie angelegte Kapital kaum ein Zehntel dieser Summe ausmacht. (Fin. News 10./2. 19.) *Ec.**

Aus Handel und Industrie Deutschlands.

Allgemeines.

Auskunftspflicht gegenüber der Sozialisierungskommission. Die von der Reichsregierung als freier wissenschaftlicher Ausschuß zur Erstattung von Gutachten und Vorschlägen über Fragen der Sozialisierung berufene Kommission (Sozialisierungskommission) wird nach einer Verordnung der Reichsregierung ermächtigt, die in der Bekanntmachung über Auskunftspflicht vom 12./7. 1917 bezeichneten Rechte zum Zwecke der Durchführung der ihr gestellten Aufgaben auszuüben. Die diesen Rechten entsprechende Verschwiegenheitspflicht gilt auch für die Mitglieder der Sozialisierungskommission.

Diese Verordnung gibt leider aufs neue die Bestätigung dafür, daß die Sozialisierungspläne in der Regierung weiter ventiliert werden, obgleich von berufenster Seite vor einer Sozialisierung der Wirtschaft unter den heutigen Verhältnissen eindringlichst gewarnt worden ist. Man sollte annehmen, daß Mitglieder einer derartigen Kommission nach den Bilanzen der Gesellschaften und aus anderen, allgemein zur Verfügung stehenden Grundlagen, sich ein Bild darüber machen können, welche Betriebe für eine Sozialisierung überhaupt in Frage kommen. Ein Beweis für die freiheitliche Tendenz der jetzigen Regierung ist es jedenfalls nicht, daß den Mitgliedern der Sozialisierungskommission die Möglichkeit gegeben wird, in die intimsten Geschäftsgeheimnisse der Unternehmungen einzudringen. Wenn die Regierungen den sachverständigen Urteilen Gehör schenken wollte, könnte sie viel dazu beitragen, die schwere Beunruhigung, die den Gang unseres Wirtschaftslebens stocken läßt, zu mildern.

Die Sozialisierungskommission hat der Reichsregierung einen vorläufigen Bericht über die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues übersandt. Das Gutachten umfaßt zunächst einen allgemeinen Teil, dann einen Majoritäts- und einen Minoritätsbeschluß über die Hauptfragen der Organisation und einen gemeinsamen Schlußteil über die Fragen des Arbeitsverhältnisses. Die Kommission hielt sich nicht befugt, den Bericht von sich aus zu veröffentlichen, hat jedoch die Regierung gebeten, die Publikation so bald als möglich zu veranlassen. Da der Bericht 46 Seiten umfaßt, wird die Kommission im Augenblick der Veröffentlichung der Presse einen kurzen Auszug zur Verfügung stellen und in einer Pressekonferenz die leitenden Gesichtspunkte ihres Gutachtens darlegen. *on.*

Aus der Kaliindustrie.

Gewerkschaft Carlsfund. Nach der Rechnungsübersicht für das vierte Vierteljahr 1918 stellt sich der Betriebsverlust unter Berücksichtigung der Veränderung in den Beständen an gemahlenen Rohsalzen und an Fabrikaten auf 47 062 M (i. V. Betriebsgewinn von 342 934 M). Nach verschiedenen Abgaben, Rückstellungen usw. ergibt sich ein Gesamtverlust von 159 843 M (i. V. Netto-

¹⁾ W. N. D. Überseedienst.

überschuß von 173 209 M). Die Abschreibungen sind nicht berücksichtigt; sie werden in der bisherigen Weise erst in der Jahresrechnung verrechnet.

Bergbau und Hüttenwesen, Metalle.

Bonner Bergwerks- und Hüttenverein, Oberkassel bei Bonn. In der Generalversammlung gab die Verwaltung längere Erklärungen über die künftige Lage der Zementindustrie. Bei den Verhandlungen der Sozialisierungskommission habe sogar der Reichskommissar gegenüber anderen Darstellungen gesagt, daß die Zementindustrie noch vor drei Jahren so krank gewesen sei, daß die Regierung sie habe stützen müssen. Vorläufig wolle man von der Sozialisierung absehen, aber die Ungewißheit über die endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit dauere fort. Das Geheimnis der hohen Dividendenzahlung liege bei der Gesellschaft darin, daß sie ein stark abgeschriebenes Unternehmen mit hohen Rücklagen darstelle. In den Jahren 1909 bis 1918 seien für Abschreibungen 4 078 000 M, für Rückstellungen 1 532 000 M und für Wohlfahrtszwecke 407 000 M verwendet worden. Im letztvergangenen Jahrzehnt seien durchweg 17,7% des ganzen Aktienkapitals abgeschrieben worden. Es müßten jetzt bedeutende Umwandlungen im Betriebe vorgenommen werden, nachdem die Gesellschaft schon vor dem Kriege vier Drehöfen angelegt habe. Inzwischen habe es aber an Ausbesserungen und Ergänzungen gefehlt, wofür die reichlich vorhandenen flüssigen Mittel der Gesellschaft schon in der nächsten Zeit in Anspruch genommen werden sollten. Der Gesellschaft sei eine Erzeugung von 1,5 Mill. Faß zugesprochen worden, indessen könne sie zurzeit nicht mehr als 500 000 Faß herstellen. Die Dividende wurde auf 11% für die Stammaktien und 5% für die Vorzugsaktien festgesetzt, außerdem erhalten die Stammaktien einen Bonus von 67,50 M; 150 000 M werden zur Einlösung der 600 000 M betragenden Vorzugsaktien zurückgestellt.

Russische Eisenindustrie, A.-G. in Gleiwitz. Der Abschluß für 1917/18 ergab in Warschau einen Rohgewinn von 1 314 616 M (633 999 M). Die Zentrale erforderte an Unkosten 186 818 M (175 416 M), so daß der Verlustvortrag sich von 945 985 M auf 605 726 M ermäßigt bei 12 Mill. Mark eingezahltem Aktienkapital.

Stahlwerk Mannheim. Die Gesellschaft berichtet für 1918, daß sie bis Eintritt der Demobilmachung in allen Abteilungen voll beschäftigt gewesen sei und zwar in der Hauptsache mit der Herstellung von Heeresbedarf. Die Umstellung auf die Friedenswirtschaft sei durch die Lage des Werkes in der neutralen Zone besonders schwierig gewesen. Reingewinn 29 559 (26 994) M, Abschreibungen 260 442 (904 911) M. Davon werden 15% Dividende (i. V. 20%, damals außerdem 200 M pro Aktie in Kriegsanleihe) verteilt und 72 978 (35 356) M vorgetragen (i. V. dienen außerdem 223 117 M zu Extraabschreibungen und 100 000 M als Dispositionsfonds für die Überleitung in die Friedenswirtschaft).

Personal- und Hochschulnachrichten.

Prof. Junkers, Dessau, ist von der Technischen Hochschule in München die Würde eines Dr.-Ing. h. c. verliehen worden.

Es wurden ernannt: Dipl.-Ing. Rudolf Bartels zum Assistenten am Physikalisch-chemischen Institut der Technischen Hochschule Breslau; Prof. Paul Beck zum technischen Stellvertreter des bayrischen Staatskommissars für Demobilmachung; Chemiker Dr. Muschner zum Gewerbereferendar bei der Gewerbeinspektion Breslau-Land; der ordentliche Professor für Molkereiwesen und landwirtschaftliche Bakteriologie Dr. Willibald Winkler zum Rektor der Hochschule für Bodenkultur in Wien für das Studienjahr 1918/19; der bisherige ordentliche Professor an der Technischen Hochschule in Aachen Geh. Rat Dr. Wüst zum Direktor des Kaiser-Wilhelm Instituts für Eisenforschung und zum ordentlichen Honorarprofessor in der Abteilung für Bergbau und Hüttenkunde, für Chemie und Elektrochemie der Technischen Hochschule Aachen.

Der aus Straßburg vertriebene Privatdozent der Chemie Dr. E. Weitz hat sich in Tübingen neu habilitiert; er wurde gleichzeitig zum Assistenten des chemischen Instituts ernannt.

Der Assistent der Biologischen Versuchsanstalt für Fischerei in München Dr. Martin Strell wurde als Privatdozent für die Fächer „Wasser“ und „Abwasser“ an der Chemischen Abteilung der Technischen Hochschule zugelassen.

Gestorben sind: Dr. Wilhelm Bersch, a. o. Professor der Hochschule für Bodenkultur in Wien, im Alter von 50 Jahren. — Gustave Bouchardot, Professor für Hydrologie und Mineralogie an der Pariser École de Pharmacie, bekannt durch Forschungen auf dem Gebiete des synthetischen Kautschuks. — Franz Henne, Mitbegründer des Deutschen Drogistenverbandes und Leiter des Chemieunterrichts an der Dresdener Drogistenfachschule, im Alter von 86 Jahren. — Prof. Jean Hippolyte

Marty, Inspektor des französischen Heeres sanitätswesens und ältestes Mitglied der pharmaceutischen Abteilung der Académie de Pharmacie.

Personalnachrichten aus Handel und Industrie.

Geh. Kommerzienrat Friedrich Henrich, Großbrauereibesitzer in Frankfurt a. M., Ehrenpräsident des Deutschen Brauerbundes, Vorsitzender des Vorstandes der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft und Vorstandsmitglied der V. L. B., vollendete am 24./2. sein 80. Lebensjahr.

Es wurden ernannt: Chemiker Ed. W. Albrecht, zuletzt Fabrikleiter und Laboratoriumsvorstand bei den Kaliwerken Prinz Adalbert in Oldau, als Betriebsdirektor der „Despag“, Deutsche Sparschmierwerke in Dortmund, die dortselbst eine neue Fabrikanlage errichtet, zwecks Herstellung hochwertiger Schmierfette für ihre patentierte Henke-Dauerschmierung; Ing. Paeppler, vor dem Kriege Assistent im Gaswerk Meissen, ab 1./11. zum Leiter der städtischen Gas- und Wasserwerke in Landeshut in Schlesien; Dr. Terner, bisher Direktor der Gasanstalt Süd in Amsterdam, zum Generaldirektor der städtischen Gaswerke Amsterdam als Nachfolger des verstorbenen Herrn J. van Rossum du Chattel.

Zu Geschäftsführern wurden bestellt: Laurids Christensen, Albertalykke bei Aerskøbing und Carl Gustav Petersen, Kopenhagen, bei der Sønderborg Ölfabrik, G. m. b. H., Sonderburg; Ingenieur Hugo Mahberg, Köln-Nippes, bei der Firma Stahlbearbeitungs-Ges. m. b. H., Köln; Chemiker Dr. Carl Friedrich von der Linde, Berlin-Schmargendorf, bei der Filter-Vertriebsges. m. b. H., Berlin (früher Bremen); Willy Schneider, bei der Firma Vereinigte Brauereien zu Rawitsch, G. m. b. H.; Dr. Karl Weidemann, Dr. Walter Raymond, Dr. Hans Czerny, Paul Thieme, Gustav Pollitz, Hans Mahr, sämtlich in Berlin, bei der Reichsstelle für Speisefette, Geschäftsabteilung, G. m. b. H.

Prokura wurde erteilt: Johann Denner, Niederpleis, und Johann Unkelbach, Oberdollendorf, für die Firma Platonwerke, A.-G. für feuerfeste Produkte in Niederpleis; Emil Fritzemeyer, Dorndorf und Alfred Dittmann, Dietlas, für die Firma Kaliwerke Großherzog von Sachsen, A.-G., Weimar; Hermann Melchior, Butzbach, für die Firma Gambrinusbrauerei Butzbach C. J. Melchior, Butzbach.

Der Revierbeamte Bergrat Best beim Bergrevier Nord-Kattowitz ist in den Ruhestand versetzt worden.

Gestorben sind: Robert Gattefossé, Direktor der Parfümeriefabrik Gattefossé Fils, Lyons, Verfasser verschiedener Werke über Parfümerie; Franz Haunschild, Prokurist des Stahlwerksverbandes, am 18./2.; Direktor Hugo Heller, Leiter des Kölner Werks der Ölwerke Stern-Sonneborn A.-G., Köln-Hamburg-Berlin, im Alter von 51 Jahren; Hermann Hengstenberg, Ruhrort, Mitbegründer der Bergwerksgesellschaft Diergardt m. b. H., am 15./2.; Thomas Jefferson, Vorsitzender im Direktorium der Großdrogenhandlung Gale & Co., London, in Whittlesford, Cambridgeshire, am 21./12. 1918; Fabrikdirektor Heinrich Louis Kersten, am 21./1. in Bad Kösen; Robert Leicht, langjähriger Direktor der Brauerei Kunterstein A.-G., Graudenz.

Eingelaufene Bücher.

(Die Besprechung der eingelaufenen Bücher wird vorbehalten.)

Technik f. Alle, Monatshefte f. Elektrotechnik, Bau- u. Maschinentechnik, Bergbau, Kriegs-, Flug-, Schiffs- u. Verkehrstechnik, Gewerbe, Handel, Weltwirtschaft, Technik u. Industrie. Heft 6. 1918/19. Verlag d. Techn. Monatshefte. Francksche Verlags-handlung Stuttgart. vierteljährl. M 1,45

Urbanek, Kurt, Die Lebensmittelversorgung u. d. Abfallverwertung in d. Gemeinden nach d. Kriege. 1. Band: Die Lebensmittelversorgung. Berlin 1918. Kommissionsverlag des „Arbeiter“.

geh. M 3,50
Walte, Wilhelm, Eine neue Erklärung d. osmotischen u. elektrischen Erscheinungen. 1916. Im Selbstverlag des Verfassers. Hamburg, Grindelhof 62. geh. M 2,—

Derselbe, Beiträge z. Energielehre. geh. M 3,—

Wiesent, J., Die neuesten Fortschritte in d. Erkenntnis d. Eigenschaften d. Materie. (Radioaktivität u. Röntgenspektroskopie.) Mit 6 Texttafeln u. 8 Textabb. Stuttgart 1918. Ferd. Enke. geh. M 2,—

Aus anderen Vereinen und Versammlungen.

Deutscher Wirtschaftskongreß.

Der vorbereitende Ausschuß des Deutschen Wirtschaftskongresses (der bekanntlich alle wirtschaftlichen Verbände und Vereinigungen sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer zusammenfassen will,

um die infolge des unglücklichen Ausganges des Krieges und der inneren Umwälzung eingetretene bedrohliche Lage unseres deutschen Wirtschaftslebens zum Besseren zu wenden) hatte zum 6./2. 1919 eine zweite Tagung in die Philharmonie einberufen. Der große Saal war von Vertretern der angeschlossenen Vereinigungen sehr stark besucht, auch viele Staatsbehörden hatten sich vertreten lassen. Während die ersten Beauftragten verschiedener Ämter mit ihren den unerschütterlichen Willen zum baldigen Wiederaufbau unserer daniederliegenden Wirtschaft kündenden Ausführungen beifällig begrüßt wurden, fand der Vertreter des Demobilmachungsamtes, Dr. Fischer, mit der Verteidigung der von diesem Amte getroffenen Maßregeln, insbesondere des vielberufenen Erlasses über die Erwerbslosenunterstützung, sehr häufig nicht die Zustimmung der Versammlung. Eine ähnlich undankbare Aufgabe hatte Frhr. v. Gebtsattel von der Waffenstillstandskommission übernommen, doch konnte er zu deren Rechtfertigung hinsichtlich der bei der Verlängerung des Waffenstillstandes angenommenen, unsere Industrie, Handel und Landwirtschaft gleich katastrophal bedrohenden, furchtbaren wirtschaftlichen Bedingungen wenigstens anführen, daß ja von einem „Verhandeln“ meist keine Rede war, sondern einfach ein Diktat Fochs vorlag.

Der erste Redner aus der Versammlung, Direktor Krämer, wies zunächst noch einmal darauf hin, daß die beiden, sich bisher zum Teil befendenden großen Unternehmerorganisationen der Schwer- bzw. der Veredlungsindustrie, Zentralverband und Bund der Industriellen, sich kürzlich auf der Tagung in Jena im Reichsverband der Industrie zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden hätten. Er wandte sich dann gegen die derzeitige Einschränkung der Industrie durch das Demobilmachungsamt sowohl wie das Reichsarbeitsamt und wies darauf hin, daß infolge der vielfach verfehlten Maßnahmen dieser beiden Ämter kein Unternehmer klar in die Zukunft sehen könne, was eine völlige Lahmlegung des Unternehmungsgeistes zur Folge hätte. Die Industrie lehne diese doppelte Bevormundung von Seiten zweier Behörden ab; sie sehe ihr Heil nur noch im direkten Zusammengehen mit den großen Organisationen der Arbeiter, den Gewerkschaften. Sie verlange ferner neben der rein politischen Volksvertretung die Errichtung eines auf den anerkannten Berufsvertretungen aller schaffenden Stände aufgebauten Reichswirtschaftsrates.

Eine Umstellung unserer Außenpolitik nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten, d. h. ein Zusammengehen mit Rußland und Frankreich als Gegengewicht gegen die großen Wirtschaftsimperien Englands und Amerikas verlangte Julius Kaliski. Auch er zeigte sich nicht mit vielen bisherigen Maßnahmen des Demobilmachungsamtes einverstanden, insbesondere verwarf er die bisherige Art der Erwerbslosenfürsorge und hätte statt derselben lieber einen Zuschuß an Arbeitsstellen auf dem Lande u. dgl. befürwortet. Ferner stellte er sich auf den Standpunkt, daß künftig die für die Volkswirtschaft lebenswichtigsten Betriebe durch Gesetz als Staatsschutzbetriebe erklärt werden sollten, in denen Streiks ausgeschlossen sein müßten. Auch erfordere der Sozialismus unter Umständen einen Zwang zur Arbeit. Ebenso wenig sei die Ausschaltung der Unternehmerinitiative durch zu weitgehende Sozialisierung zu empfehlen. Um unser vor dem Zusammenbruch stehendes Wirtschaftsleben durch Erweckung des Arbeitswillens wieder in Gang zu bringen, sei ein Hand-in-Hand-Gehen aller großen wirtschaftlichen Verbände, sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer, unbedingt erforderlich. Kaliski befürwortet, noch über den Krämerschen Vorschlag hinausgehend, eine Art Oberhaus, bestehend aus den berufenen Vertretern aller produktiven Stände, dem bei Einbringung aller wirtschaftlichen Gesetze ein Veto- und Zurückverweisungsrecht gegenüber dem politischen Parlament zustehen solle. Es ist interessant, wie diese beiden, auf ganz verschiedenem Boden stehenden Männer zu so ähnlichen politischen Folgerungen gelangen, die ihrerseits wieder Anklänge an die seinerzeit von v. Heydebrand für die Umwandlung der preußischen Volksvertretung gemachten Vorschläge aufweisen.

Nachdem sich zum Schluß noch Geheimrat Schumacher über die unerhörten Waffenstillstandsbedingungen, die Auslieferung unserer Handelsflotte usw. ausgesprochen und angesichts des unbegreiflich geringen Widerstandes unserer Waffenstillstandskommission gegen derartige wirtschaftliche Vergewaltigungen ernsten Besorgnissen hinsichtlich der Wahrung unserer Interessen auf der Friedenskonferenz Ausdruck gegeben, wurde die Absendung folgender Entschließung an die Nationalversammlung in Weimar beschlossen:

„Die vom vorbereitenden Ausschuß des Deutschen Wirtschaftskongresses am Tage des Zusammentritts der deutschen Nationalversammlung zu einer Kundgebung einberufenen Vertreter der Volkswirtschaft aus allen Teilen Deutschlands begrüßen die deutsche Nationalversammlung in der Hoffnung, daß durch ihre Beschlüsse nun auch wieder das deutsche Wirtschaftsleben auf eine gesicherte Grundlage gestellt werden wird. Die Versammlung fordert sodann, daß nur ein Rechtsfrieden geschlossen wird, der alle im Kriege getroffenen Kampfmaßnahmen sofort aufhebt, der die Freiheit des Weltverkehrs wiederherstellt, der die wirtschaftliche Gleich-

berechtigung aller Völker verbürgt und der die Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen für die deutsche Arbeit sicherstellt. Die Versammlung fordert daher von den Vertretern des deutschen Volkes, daß sie einen Deutschland diktierten Gewaltfrieden, der unter Verletzung der 14 Wilsonschen Punkte die Lebensbedingungen des deutschen Volkes untergräbt und die Wiederaufrichtung der deutschen Volkswirtschaft unnötig macht, als unannehmbar abweisen werden.“

Der Bund technischer Berufsstände

hat in Eisenach (vgl. S. 128) folgende Richtlinien aufgestellt:

Hauptsatz.

Der Bund technischer Berufsstände will technischer Denkweise und technisch wirtschaftlicher Arbeit den gebührenden Einfluß auf die Geschicke unseres Landes zum Wohle der ganzen Volksgemeinschaft erwirken.

Er fordert zu diesem Zwecke:

A. Von der Allgemeinheit:

Technischer Geist in der Schule.

1. Die Berücksichtigung der Technik im Lehrplan der Schule und Erteilung des entsprechenden Unterrichts durch hierzu geeignete Lehrkräfte.

2. Vorlesungen zur Einführung in das Wesen der Technik auf allen Hochschulen anderer Berufe.

Technischer Geist in das Volk.

3. Dauernde planmäßige Aufklärung der Bevölkerung über die Leistungen der Technik und Bedeutung technischer Geistesarbeit für unsere Kulturentwicklung.

Techniker in Regierungen, Parlament und Wirtschaftsleben.

4. Mitwirkung von begabten Technikern, die die Gewähr für sachliches, interessenfreies Urteil bieten, in den öffentlichen Körperschaften als vollberechtigte Mitglieder.

5. Beseitigung des Juristenmonopols in den öffentlichen Verwaltungen und ungerechtfertigter Vorherrschaft des Kaufmanns im Wirtschaftsleben.

Freie Bahn allen Tüchtigen.

6. Unentgeltliche Erschließung aller technischen Bildungsmittel jedem technisch Begabten.

Sachliche Wertung der Arbeit.

7. Wertung jeder technischen Arbeiten nach ihrer sachlichen Güte, ohne Rücksicht auf die persönlichen Weltanschauungen ihres Trägers und seine persönlichen Beziehungen.

8. Ausgestaltung des gesetzlichen Schutzes der technischen Geistesarbeit.

B. Von den eigenen Berufsgenossen:

Gediegenes Fachwissen.

1. Gediegene Fachkenntnis, berufliche Fortbildung.

2. Klare Herausarbeitung der großen leitenden Gesichtspunkte technischen Schaffens im Unterricht auf den technischen Lehranstalten.

Allgemeine Bildung.

3. Kenntnis der allgemeinen Lebensbedingungen unseres Volkes und seiner politischen und kulturellen Entwicklung, seiner wichtigsten Rechtseinrichtungen, seines wirtschaftlichen Aufbaus, der parteipolitischen Gliederung und der Bedeutung der anderen Berufe.

Frei von Kastengeist.

4. Freiheit von Selbstüberhebung (Kastengeist), Austausch der Meinungen, keine planmäßige Absonderung von Andersdenkenden.

Berufskameradschaft.

5. Stärkung des Berufsinteresses und des Verständnisses für die Berufsarbeit durch Belehrung seitens des erfahrenen und wissensreicheren Berufsgenossen.

Verklammerung von Kopf und Hand.

6. Praktisch bestätigtes Verständnis für den technischen Handarbeiter und seine geistigen Bedürfnisse mit dem Ziel, das berufsständige Zusammenghörigkeitsgefühl zu stärken.

Einigkeit.

7. Einiges und einheitliches Zusammenschließen der Angehörigen aller Zweige und Grade der technischen Berufsarbeit, geschlossenes Auftreten nach außen unbeschadet kampffrohen, aber sachlichen Meinungsaustausches innerhalb des Berufsstandes.